

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion / Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nr.: A 22/0201-01

Status: öffentlich

Datum: 03.03.2022

Erinnerungskultur: 90 Jahre nach Machtergreifung durch das NS-Regime

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU

Beratungsfolge:

| <u>Gremium:</u> | <u>Datum:</u> | <u>Status:</u> | <u>Zuständigkeit:</u> |
|-----------------|---------------|----------------|-----------------------|
| Kulturausschuss | 15.03.2022 | Ö | Entscheidung |

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU beantragen:
Der Kulturausschuss der Stadt beschließt:

Der Kulturbetrieb wird beauftragt, in Kooperation mit den Kultureinrichtungen, Schulen, Kirchengemeinden und Religionsgemeinschaften, Vereinen und Initiativen, die sich der Erinnerungskultur in Mülheim an der Ruhr verpflichtet fühlen, anlässlich 90 Jahre Machtergreifung durch das NS-Regime 2023 Veranstaltungen durchzuführen und die Veröffentlichung von Publikationen zu fördern.

Sachverhalt:

Die in Wirklichkeit „rasante“ Entwicklung von einer Demokratie zu einer Diktatur in Deutschland bereits innerhalb weniger Monate nach der NS-Machtergreifung Ende Januar 1933 macht die kritische Auseinandersetzung mit ihr – auch 90 Jahre später und gerade vor

dem Hintergrund der heutigen Herausforderungen unseres demokratischen Gemeinwesens
– notwendig.

Bekanntlich fand die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland seit der Ernennung des Reichskabinetts unter dem Reichskanzler Adolf Hitler am 30. Januar 1933 ab dem Jahr 1933 in vielen und schnellen Einzelschritten statt. Auch nach 90 Jahren der NS-Machtergreifung ist das Erinnerungs- und Gedenkjahr 2023 eine geeignete Gelegenheit, in Veranstaltungen und mittels Publikationen diese auch in Mülheim an der Ruhr nachvollziehbaren Entwicklungen und Ereignissen, wie z.B. die Machtübernahme der NSDAP im Rat der Stadt und im Rathaus nach der Kommunalwahl am 12. März 1933, die Auflösung der Parteiendemokratie u.a. durch das Verbot von Parteien seit März 1933, die Verabschiedung des sog. Ermächtigungsgesetzes im Reichstag am 24. März 1933, die Verfolgung und Terrorisierung auch von Mülheimer Kommunalpolitikern, die Boykott-Aktionen gegen jüdische Geschäfte ab 1. April 1933, die Bücherverbrennungs-Aktionen am 10. Mai 1933 und die Zerschlagung der Gewerkschaften Anfang Mai 1933, in Erinnerung und ins Gedächtnis zu rufen.

Christina Küsters
CDU-Fraktionsvorsitzende

Angelina Spiegel
Ausschusssprecherin
CDU-Fraktion

Tim Giesbert
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Britta Stalleicken
Ausschusssprecherin
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Anlage(n):